23. 1. Inwiefern kann der Strafantrag einen Fall von Beleidigung mitumfassen, der sich zur Zeit der Niederschrift und Einsendung des Strafantrags zwar schon ereignet hat, aber noch nicht zur Kenntnis des Antragsberechtigten (gesetzlichen Vertreters) gekommen war?

2. Kann bei tätlicher Beleidigung die Einwilligung des geistig gefunden Verletzten nur im Falle von Zwang, Drohung oder Täuschung für ausgeschlossen erachtet werden?

StGB. §§ 61, 185.

V. Straffenat. Urt. v. 8. Mai 1917 g. B. V 176/17.

I. Landgericht III Berlin.

Der Angeklagte hat sich nach der Annahme der Strafkammer zu zwei verschiedenen Malen, im April und am 26. Mai 1916, der Beleidigung des vierzehnjährigen Knaben Walter B. dadurch schuldig gemacht, daß er ihm den Hosenschlitz öffnete und an seinem Geschlechtsteil spielte. Die Strafkammer hat ihn dieserhalb wegen tätlicher Beleidigung in zwei Fällen verurteilt. In einem dritten Falle hat sie das Verfahren eingestellt. Zugrunde liegt ein am 1. Juni 1916 beim Polizeipräsidium in Berlin eingegangener Strafantrag vom 29. Mai 1916, den der Vater des Verletzten auf die Abschrift eines Briefes seiner Frau an ihn vom 25. Mai 1916 gesetzt hat und in dem er auf dessen Inhalt Bezug nimmt. In dem Briefe hatte ihm seine Frau von dem Verhalten des Angeklagten ihrem Sohne gegenüber Mitteilung gemacht, und zwar allgemein ohne Hervorhebung eines einzelnen bestimmten Falles der Beleidigung. Die Einstellung in dem dritten Fall ist erfolgt, weil diese Tat, die erst nach dem 1. Juni 1916 begangen sein könne, von dem Strafantrag nicht mehr umfaßt werde. Der Angeklagte hat u. a. die Ordnungsmäßigkeit des Strafantrags in dem zweiten Falle bemängelt und sachlich geltend gemacht, daß die Strafkammer die Bedeutung des Einverständnisses des Verletzten verkannt habe. Die Revision ist verworfen worden.

Aus den Gründen:

...„Der Strafantrag, den der Vater des Dreherlehrlings Walter B. unter dem 29. Mai 1916 gestellt hat, umfaßt auch den zum Gegenstand der Anklage und der Aburteilung gemachten Vor-

gang vom 26. Mai 1916. Ganz entsprechend dem Briefe der Mutter des Verletzten, worin keineswegs nur ein bestimmter Einzelfall bezeichnet wird, richtet er sich gegen das ganze unsittliche Verhalten, das der Angeklagte gegenüber Walter B. beobachtete, mit dem erkennbaren Ziele, daß Angeklagter dieserhalb in vollem Umfang zur strafrechtlichen Verantwortung gezogen werde. Der Umstand, daß der Antragsteller von dem Vorgang vom 26. Mai 1916 bei der Antragstellung keine bestimmte Vorstellung hatte, ist nicht geeignet, dem Antrag einen anderen Sinn und Inhalt zu geben und diesen Vorgang als Gegenstand der gewollten Strafverfolgung ausgeschlossen erscheinen zu lassen.

Die Anwendung des Strafgesetzes ergibt keinen Rechtsirrtum. Insbesondere ist nicht ersichtlich, daß die Strafkammer das Wesen der Einwilligung und deren Bedeutung für die Beurteilung des Tatbestandes der tätlichen Beleidigung verkannt hätte. Der Umstand, daß Walter B. die Vornahme der ehrverletzenden Handlungen an seinem Körper nicht tatsächlich verhindert hat, läßt keineswegs mit Rechtsnotwendigkeit darauf schließen, daß er mit ihnen einverstanden war. Indem aber die Strafkammer mit Bezug auf den Vorgang vom April 1916 feststellt, daß Walter B. aus Achtung vor seinem früheren Seelsorger sich gescheut, d. h. nicht gewagt hat, sich gegen dessen Vorgehen zu wehren, bringt sie in tatsächlicher Hinsicht als ihre Auffassung zum Ausdruck, daß der unterbliebene Widerspruch oder Widerstand Walter B.s gegen die ehrverletzenden Handlungen nicht seinem inneren Einverständnis damit entsprang, die Duldung mithin nicht Ausfluß solchen Einverständnisses war (vgl. RGSt. Bd. 41 S. 392 flg.). Daß die tatsächliche Lage des Falles beim Vorgang vom 26. Mai 1916 etwa eine andere gewesen sei, ist dem Urteil nicht zu entnehmen. Danach stand die Frage gar nicht zur Entscheidung, ob die Einwilligung eines über 14 Jahre alten Knaben, wenn sie erfolgt, als erheblich anzusehen wäre.

Näherer tatsächlicher Feststellungen hierüber bedurfte es zur Ausschließung des Verdachts rechtsirriger Auffassung nicht, zumal der Angeklagte sich auf tatsächliche oder vermeintliche Einwilligung des Verletzten selbst nicht berufen, die Vornahme der Handlungen vielmehr lediglich in Abrede gestellt hat.“ . . .